

# Sozial-Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschient an jedem Montag nachmittags. Die Zugabe-Beilage des Mittags beträgt in Stadt und Land 150.000 Mark, durch die sich der Leser zu jeder Zeit monatlich 150.000 Mark in den Ausgaben erhalten kann. Die abendliche Zugabe-Beilage kostet in der Stadt 12.000, im umliegenden Bezirk 1.000, im Ausland 15.000. Ferner ist die halbesche-Beilage 1.000 in der Stadt und 150.000 im auswärtigen Bezirk. Preisangeben: Zehn Mar vierzig Pfennig.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststraße 17. Schriftführer: Hans-Jürgen. Druckerei: Druckerei der „Sozial-Zeitung“, Halle a. S., Postfach-Nummer 1140 und 1142. Druck-Verleger: „Sozial-Zeitung“, Halle a. S., Postfach-Nummer 1140 und 1142. Druck-Verleger: „Sozial-Zeitung“, Halle a. S., Postfach-Nummer 1140 und 1142. Druck-Verleger: „Sozial-Zeitung“, Halle a. S., Postfach-Nummer 1140 und 1142.

# Erklärungen Wirths und Barthous.

Die erste Sitzung mit der Repko — Abrüstung der Faschisten in Italien  
Keine deutsch-reunliche Politik — Der Eisenbahnstreik in der Pfalz.

## Repko und Reichsregierung.

Unter ungünstigen Stern.

Es ist, als ob in diesen trübseligen Zeitläuften alle Schritte der deutschen Regierung zur Rettung der Lage unter einem ganz besonders ungünstigen Stern ständen. Mit größter Spannung erwartet kommt die Reparationskommission nach Berlin. Man empfängt sie vernünftigerweise offiziell am Bahnhof nicht. Denn es ist ja ein ungeliebter Besuch. Als aber am nächsten Vormittag der Empfang beim Reichskanzler stattfindet, stellt sich heraus, daß der Hauptbringer in dem gegenseitigen, moralischen Kampfspiel, das nun ansetzen soll, der Reichsfinanzminister Herr Meißner zur gleichen Stunde einen — Gerichtstermin wahrzunehmen hat. Ihn als Kläger. Aber es handelt sich doch um den bekannten Vorwurf der ministeriellen Verantwortlichkeit bei Wehrleistungen. Der Vorsitzende des Prozesses begründet seinen Verbotswahrscheinlich mit dem Hinweis auf die heutige schwere Zeit, die zum Ausbruch derartiger Streitigkeiten wenig geeignet sei. Aber warum hat man es denn zu diesen beiden Zeitpunkten kommen lassen? Warum wurde die Verhandlung nicht sofort vertagt? Der hohe Besuch aus „Entenland“ wird mit Schmunzeln Notiz davon genommen haben, daß der Beflagte dieses Standbrotprojekts, der ehemalige Redakteur der unabhängigen „Freiheit“, sich damit verteidigt, er kämpfe gegen die — Korruption, genau wie seinerzeit Dr. Helfferich gegen Erzbischof Wichmann. Wahrscheinlich für die fremden Gäste! Aber auch sonst hapert es sehr in der Regie des Empfanges.

Dr. Wirth steht eigentlich ganz allein gegenüber einem gründlich vorbereiteten Heerfall von 54 Gläubigervertretern. Er ist seit Tagen und Wochen mit innerpolitischen Sorgen überlastet. Er hat die ausländischen Finanzsachverständigen zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Allein schon der Empfang und die richtige Behandlung dieses erbetenen Besuches erfordert die ganze Aufmerksamkeit des leitenden Staatsmannes. Die Staatssekretäre Schröder und Freyemann, die ja sogar der zweite und dritte Repräsentant des Films sind, tun ihr Bestes. Aber sie sind doch nicht die Kennenwörter. Und die erste Stelle des großen diplomatischen Unternehmens, das jetzt begonnen hat, hätte unbedingt ein neuer Außenminister eingenommen werden müssen, der die internationale Linie Kathenans fortsetzt und den Fäden von Genoa aufnimmt. Was ist denn überhaupt aus deutscher Seite zur Vorbereitung dieser schicksalsschweren Woge geschieden? Es heißt, in den Beratungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit deutschen Finanzsachverständigen sei ein eigenes großzügiges Programm ausgearbeitet worden, ein gewaltiger Gegenplan, mit dem man die Repko übertrügen werde. Unseres Wissens ist dies leider nicht der Fall. Man hat lediglich gewisse Hauptpunkte für die Verhandlungen mit Barthous aufgestellt. Bekannte zu Barthous gehört die Stabilisierung der Mark, wurden zu Barthous gebracht. Zu fragen mußten die verschiedenen Referats, wie bisher üblich, „Material“ liefern. Berichte und Mitteilungen meist in lebendem Mundstich gehalten, die den einzelnen Mitgliedern des Wiederherstellungsausschusses als „Denkschriften“ vorgelegt, von diesen aber wahrscheinlich als verächtliche Propaganda wenig beachtet werden. Jetzt aber die deutsche Partei weiter auf diesen Denkschriften, so kommt es zu geräuschvollen Einzelberatungen mit isolierten Mitgliedern, und der Zwang der Aktion, das Problem endlich an der Wurzel zu fassen, ist verfehlt. Die der deutschen Politik günstiger gestimmten Angehörigen der Kommission werden die deutschen Berichte in ihrer Absicht nach Hause bringen, ohne es zu einer Entscheidung in Berlin kommen zu lassen. Die Entscheidung aber, die vielleicht Barthous mit seinem oder dem neuesten belgischen Plan herbeiführen traucht, wird eine Wendung zum Schlimmen bedeuten.

Sowas diesen Gefahren hat die deutsche Öffentlichkeit bisher nicht die geringste Kenntnis erhalten. Die amtlichen Stellen halten sich, wie immer, in tiefster Zurückhaltung hinter dem sich, so oft nichts anderes verborgen hat, als Mangelhaftigkeit und innere Uneinigkeit. Um es gerade herauszusagen: Für das letzte Verweigerungstrüben mit der Repko war unbedingt ein homogenes Kabinett nötig. Es ist nicht zusammengebracht worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, also die parlamentarische Vertretung einer bisherigen Regierungspartei, enthält sich jeden Beschlusses und tagt erst wieder in der nächsten Woche. Sie läßt die Dinge laufen und spielt bereits Opposition. Mögen Wirth und Hermes sehen, wie sie zurechtommen. Wie? Vorzeigend! Schlechte Aussicht! Und bereuen treibt die Währungsnot und das Leid des deutschen Volkes immer weiter dem Abgrund entgegen.

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Repko erzählt die „Weltanschauung“. Die erste Verhandlung mit der Repko verlief in durchaus schlechtem Sinn. Der Vorsitzende der Repko, Herr Barthous, erklärte, daß ebenso die Bilanzierung des Budgets,

amteils die Frage der schwebenden Schuld und drittens die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beschließt nicht, die deutsche Souveränität anzuerkennen. Sie heißt aber auf lokale Zusammenarbeiten und ist auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher übersehen läßt. Bei der Behandlung dieses Themas wurden von der Kommission verschiedene Fragen gestellt mit dem Zweck, hierüber näheres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Es interessiert besonders die Ausgaben für den Reichseisenbahnbau und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Staatssekretär Schröder teilt mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 440 Millionen Mark betragen werde, das im wesentlichen auf Kosten des Friedensertrages gehe. Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch nachm. 4 Uhr festgelegt.

## Die Begrüßung der Repko.

Berlin, 31. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission, die gestern in Berlin angekommen ist, wurde heute mittags 12 Uhr vom Reichskanzler in Gegenwart der an den kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Reparationskommission und insbesondere den neu ernannten Vorsitzenden Herrn Louis Barthous, dem er vorgibt sein lein, kein Amt mit Erfolg für die in der Reparationskommission vertretenen Mitglieder und für Deutschland zu führen und die Voraussetzungen zu schaffen, die für die künftige ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit der europäischen Völker und damit auch der Nationen der Welt notwendig sind. Er begrüßte die Initiative, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Die bisherigen Verträge, aus der tranken deutschen Wirtschaft möglichst große Leistungen herauszuholen, hätten weder Gläubiger noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, erst die trante Wirtschaft zu heilen. Deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Der Kanzler begrüßte die Mitteilung der Reparationskommission, daß Gegenstand der Berliner Verhandlungen die Stabilisierung der Mark und der Ausgleich des Budgets sein solle. Die Aufgabe sei, schnell zu praktischen Vorarbeiten zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Auf diese Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission Herr Louis Barthous die Gründe dar, die die Reparationskommission veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Was das Zeugnis anlangt, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern. Was das Programm anlangt, so habe der Reichskanzler über Fragen aufzukommen als Lösungen gemeint. Diese Fragen seien indes durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fielen. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den beteiligten deutschen Referats hat heute nachmittags im Reichsfinanzministerium stattgefunden.

## Zurückhaltung in Paris.

Paris, 31. Oktober. Seit dem Eintreffen der Reparationskommission in Berlin wird in den französischen Zeitungen jede Andeutung über die Absichten und Absagenungen der Regierung in der Reparationsfrage vermieden. Es scheint hier der Wunsch zu herrschen, die Verhandlungen durch eine offiziösen Drucke und keine Spaltungspolitik zu erschweren. Öffentlich hält diese Ruhe auch weiter an. Sie kann nach der Meinung einflussreicher politischer Persönlichkeiten der Arbeit in Berlin nur förderlich sein.

## Tarifliche Kabinettskriege.

München, 31. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Amlich wird mitgeteilt, daß der Kandidat des Grafen Westphalen nunmehr feststeht, und daß die offizielle Mitteilung an den Landtagspräsidenten schon in den nächsten Tagen erfolgen werde. Da Staatsrat Meier im Justizministerium, der als Nachfolger ins Auge gefaßt worden war, erkrankt hat, von seiner Person für eine etwaige Wahl abzusehen, und ein anderer Kandidat für den Posten noch nicht gefunden ist, wird der Landtag in dieser Woche noch nicht einberufen werden.

Denkmalsstand in Frankreich. In Frankreich ist ein neuer Stand, diesmal ein Denkmalsstand, ausgebrochen. Der Präsident des Departements Meuse hat in einem Brief an die einzelnen Bürgermeister beklagt, daß eine Anzahl der an Ehren der gefallenen Soldaten errichteten Denkmäler, die bekanntlich meistens sehr fächerlich von Voincent errichtet worden sind, aus Deutschland kommen.

Ein Ehrenabteil für Kemal. Die Stadtregierung von Sabaz hat beschloß einmündig, Kemal Pascha durch eine Deputation einen Ehrenabteil überreichen zu lassen.

## Sozialdemagogische Verdrehung.

Herr Reichsminister a. D. Dr. Gothein sendet uns die nachfolgenden Ausführungen: Ich habe kürzlich in Nordhausen eine Rede gehalten, in der ich vorgelegt habe, daß selbst wenn wir ein langfristiges Moratorium und Herabsetzung unserer Reparationsverpflichtungen auf ein erträgliches Maß erreichen, nur intensive Arbeit, sorgsame Verwaltung und größte Sparfamkeit uns vor der völligen Verelendung schützen können. An Hand amtlicher Zahlen habe ich dabei den erschreckenden Rückgang der Förderleistung im Eisenhüttenbergbau geschildert, der die Schuld an der furchtbaren Verelendung der Kohle, an deren Mangel, an der riesigen Einfuhr ausländischer Kohlen und damit an der Verschlechterung der Mark, d. h. an der allgemeinen Teuerung trägt. Trotz der Ueberflüsse hat sich die Arbeiterleistung die wenig aber die Hälfte der Vorkriegszeitung betragt, trotzdem nicht gehoben. Das System des Normallohnes, das aus dem Brutto ein auskömmliches Einkommen sichert, läßt eine hinreichende Arbeitsleistung nicht aufkommen. Jahrmehrig habe ich nachgewiesen, daß die verteilten Dividenden oder Ausbeuten in wenig ins Gewicht fallen, daß sie für den besseren Ausbau der Gruben gar nicht in Betracht kommen.

Weiter habe ich ausgeführt, daß — trotzdem der Beitrag der Post und Eisenbahn auf 60 bis 70 Proz. desjenigen der Vorkriegszeit zurückgegangen ist — bei ersterer von 100.000, bei letzterer aber 300.000 Arbeiter Personal mehr angestellt sind. Daß der Weg, das furchtbare Defizit der Vorkriegsrenten durch fortwährende Tarifserhöhungen zu beseitigen, zu einer ungeheuren Teuerungswelle führen müßte, was von den Tarifpartei voll bestritten worden ist. Um Post und Eisenbahn, von denen erstere vor dem Krieg 118 Millionen Goldmark gleich 110 Milliarden Papiermark, letztere 1312 Millionen Goldmark gleich 1250 Milliarden Papiermark Jahresüberschlag brachten, von ihrem Milliardenbeitrag zu befreien, lie würde einzuwenden sein, daß man auch und damit das deutsche Finanzland zu befreien, ist es notwendig, eine gründliche Reform dieser Verwaltungen unter Abkopfung der überzähligen Kräfte vorzunehmen. Ich habe es betont, daß hierbei nicht mit Energie vorgegangen werden sei zu einer Zeit, als der deutsche Arbeitsmarkt noch zu einem erheblichen Grade frei gewesen sei, habe erzählt, wie ich letzterzeit Spandau umgesehen habe, wobei die Arbeiter und Beamtenzahl von mehr als 40.000 auf 7.500 zurückgegangen sind, ohne daß eine nennenswerte Arbeitslosigkeit dort entstanden sei. Durch geschickte Organisation wurde ihnen anderwärts Arbeitsgelegenheit verschafft. Ein Teil der abgesetzten Beamten könnte pensioniert, ein Teil bis zur Unterbringung in anderen Stellen zur Disposition gestellt werden. Das heißt nicht „Behaltende auf die Straße werfen“, wie mir ein sozialdemokratischer Wahlgewinnler antwortete, der jetzt die Kunde durch drei Zeitungen macht, sondern es heißt, die Arbeitskräfte da zu verwerten, wo sie volkswirtschaftlich nützlich Arbeit leisten.

Wo die Sozialdemokratie die Macht hat, kann sie schließlich auch nicht anders handeln. Bei den Berliner fährigen Ertragsnahmen ist der Betrag, nachdem die Fahrkarte von 10 Pfennig allmählich auf 20 Mark gesteigert worden ist, von täglich über 2 Millionen Fahrgästen auf weniger als 1 Million gesunken. Für die bisherige Zahl der Straßenbahnangehörigen ist damit kein Platz mehr. Viele Hunderte kommen jetzt zur Entlassung. Im Haushaltsausgleich des Reichstages arbeiten die sozialdemokratischen Abgeordneten eifrig mit an der Verringerung der Beamtenzahl, dort treten sie für Sparmaßnahmen ein, zunächst bei den Ministereien. Aber, da das Kraut nicht fett macht, auch bei den anderen Stellen. Man aber ein demokratischer Abgeordneter gegen die Wichtigkeit Front macht, dann werden seine Worte verdreht, wird gegen ihn in der unwürdigen Weise gehetzt.

Wir leiden an schwerster Wohnungsnot, aber die Leistung der Bauarbeiter ist selbst in Baden, wo die Verhältnisse sonst relativ günstig liegen, und selbst bei dem Bau von Arbeiterwohnungen, die von Bauarbeitergesellschaften mit gewaltigen Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln für ihre eigenen Genossen gebaut werden, auf 60 Proz. der Vorkriegszeitung zurückgegangen. Ich es da ein Baueigentümer, wenn das Baueigentum teurer wird und die Wohnungsnot nicht geboten werden kann! Das habe ich in Nordhausen gesagt und nicht den Mitgliedern, den mir der sozialdemokratische Wahlgewinnler unterlegt. Als Sozialdemokrat am deutschen Volk habe ich es beklagt, wenn kommunistische Geher herumziehen und die Bauarbeiter und Bauern durch Drohungen und Schikell vom Einbringen der Ernte abhalten. Die Volkswirtschaft als „nützliche Professore und Hochverräter“ zu bezeichnen, ist mir nicht eingefallen. Wahrscheinlich sind dem Bauarbeiter Wahlgewinnler zünige zwischengeschaltene Mitglieder verlorren gegangen. Kein Wort habe ich gesagt.

